

**No. 32518**

---

**GERMANY  
and  
BULGARIA**

**Agreement on navigation on inland waterways (with protocol  
dated at Sofia on 15 July 1988). Signed at Bonn on 4 July  
1989**

*Authentic texts: German and Bulgarian.*

*Registered by Germany on 8 February 1996.*

---

**ALLEMAGNE  
et  
BULGARIE**

**Accord relatif à la navigation sur les eaux intérieures (avec  
protocole en date à Sofia du 15 juillet 1988). Signé à  
Bonn le 4 juillet 1989**

*Textes authentiques : allemand et bulgare.*

*Enregistré par l'Allemagne le 8 février 1996.*

## [GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

## ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER VOLKSREPUBLIK BULGARIEN ÜBER DIE SCHIFFFAHRT AUF DEN BINNENWASSERSTRASSEN

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung der Volksrepublik Bulgarien —

von dem Wunsche geleitet, den Schiffsverkehr auf den  
Binnenwasserstraßen beider Seiten weiter zu entwickeln,

eingedenk der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit  
und Zusammenarbeit in Europa, insbesondere ihrer Bestim-  
mungen über die Entwicklung des Verkehrswesens —

haben folgendes vereinbart:

## Artikel 1

Im Sinne dieses Abkommens sind:

- a) „Schiffe“: Die im Geltungsbereich dieses Abkommens  
amtlich registrierten Binnenschiffe, mit denen dort, wo sie  
registriert sind, Personen- und/oder Güterverkehr ohne  
besondere Fahrerlaubnis betrieben werden kann;
- b) „Trägerschiffsleichter“: Schiffe nach Buchstabe a, die  
unbemannte und nichtmotorisierte Leichter sind;
- c) „Schiffahrtsunternehmen“: Schiffahrttreibende Unterneh-  
men oder Unternehmer, die ihren ständigen Firmen- oder  
Wohnsitz im Geltungsbereich dieses Abkommens haben;
- d) „Zuständige Behörden“: Der Bundesminister für Verkehr  
der Bundesrepublik Deutschland und der Minister für  
Verkehr der Volksrepublik Bulgarien, soweit sie sich nicht  
gegenseitig andere Behörden oder Stellen als zuständig  
mitteilen;
- e) „Häfen“: Die Häfen und amtlich genehmigten Umschlag-  
stellen im Geltungsbereich dieses Abkommens.

## Artikel 2

Nach Maßgabe der Artikel 3 bis 6 dürfen die Schiffe der einen Seite die Binnenwasserstraßen der anderen Seite im Geltungsbereich dieses Abkommens befahren sowie die dortigen Häfen und amtlich zugelassenen Liegestellen benutzen. Dies gilt auch entsprechend für den Transport von schwimmenden Geräten und Schwimmkörpern sowie für das Überführen von Schiffsneubauten.

## Artikel 3

(1) Schiffe beider Seiten dürfen Personen und/oder Güter zwischen Häfen der einen Seite und Häfen der anderen Seite sowie umgekehrt über die sie verbindenden Binnenwasserstraßen befördern (Wechselverkehr). Im Wechselverkehr dürfen Schiffe der einen Seite Personen und/oder Güter zwischen Häfen ihrer Seite und folgenden Häfen der anderen Seite befördern:

- a) Seehäfen;
- b) Häfen, die auf dem direkten Weg zu einem Seehafen liegen;
- c) Häfen, die die zuständige Behörde auf Vorschlag des Gemischten Ausschusses benannt hat.

(2) Jede Seite kann nach Beratung im Gemischten Ausschuss in Ausnahmefällen aus technischen Gründen oder aus Gründen der Schiffssicherheit für das Befahren ihrer Wasserstraßen im Wechselverkehr Höchstzahlen der Fahrten festsetzen.

(3) Im Wechselverkehr sind die Schiffahrtsunternehmen beider Seiten im Jahresverlauf kontinuierlich je zur Hälfte am Ladungsaufkommen zu beteiligen. Die Aufteilung erfolgt auf der Basis der Ladungstonnen. Soweit die Schiffahrtsunternehmen einer Seite nicht in der Lage sind, ihren Anteil zu befördern, haben sie zunächst diese Menge den Schiffahrtsunternehmen der anderen Seite ohne Anrechnung auf deren Quote zur Beförderung anzubieten.

(4) Die zuständigen Behörden beider Seiten haben auf Antrag einer Seite unter Berücksichtigung des Vorschlags des Gemischten Ausschusses für beide Seiten wirtschaftlich auskömmliche Mindest-/Höchstfrachten und die Nebenbedingungen verbindlich festzusetzen.

(5) Die Teilnahme von Schiffen aus einem dritten Land am Verkehr zwischen den Häfen beider Seiten geht zu Lasten der Quote der abgebenden Seite.

#### Artikel 4

(1) Schiffe beider Seiten dürfen Personen und/oder Güter durch das Gebiet der anderen Seite hindurch auf den Streckenabschnitten befördern, die auf der Grundlage eines Vorschlags des Gemischten Ausschusses von den zuständigen Behörden vereinbart werden (Transitverkehr).

(2) Jede Seite kann nach Beratung im Gemischten Ausschuss in Ausnahmefällen aus technischen Gründen oder aus Gründen der Schiffssicherheit für das Befahren ihrer Wasserstraßen im Transitverkehr Höchstzahlen der Fahrten festsetzen.

#### Artikel 5

Schiffe beider Seiten dürfen Personen und/oder Güter zwischen einem Hafen der anderen Seite und einem Hafen in einem dritten Land und umgekehrt (Drittlandverkehr) nur aufgrund einer besonderen Erlaubnis der zuständigen Behörde befördern.

#### Artikel 6

Die Beförderung von Personen und/oder Gütern zwischen Häfen der anderen Seiten (Kabotage) ist nur aufgrund einer besonderen Erlaubnis der zuständigen Behörde gestattet.

#### Artikel 7

(1) Die Schiffe, ihre Besatzungen, ihre Fahrgäste und ihre Ladungen unterliegen den Rechtsvorschriften der Seite, deren Binnenwasserstraßen befahren werden.

(2) Es gelten jedoch folgende Ausnahmen:

- a) Auf der Donau werden das jeweils von der anderen Seite ausgestellte Befähigungszeugnis für die Besatzung (einschließlich des Schiffsführers) sowie das Schiffsattest anerkannt.
- b) Für die Schifffahrt auf den anderen Binnenwasserstraßen — ausgenommen Rhein, Mosel und Seeschifffahrtsstraßen

— werden die zuständigen Behörden gegen Vorlage der in dem Gebiet der anderen Seite erworbenen Urkunden und Bescheinigungen, die sich auf das Schiff, seine Besatzung und Ladung beziehen (z. B. Schiffsattest und Schifferpatente), die in ihrem Land vorgeschriebenen Urkunden und Bescheinigungen ausstellen. Voraussetzung dafür ist, daß die Urkunden und Bescheinigungen in dem Gebiet einer Seite unter Bedingungen erteilt worden sind, die den im Gebiet der anderen Seite geltenden Vorschriften genügen.

#### Artikel 8

Mit Schiffen dürfen gefährliche Güter nur dann befördert werden, wenn sie hierfür das für die jeweilige Wasserstraße vorgeschriebene gültige Zulassungszeugnis besitzen.

#### Artikel 9

Jede Seite wird Schiffe der anderen Seite bei Inanspruchnahme der ihnen nach den Artikeln 2 bis 6 gewährten Verkehrsrechte ebenso behandeln wie Schiffe der eigenen Seite; das gilt insbesondere:

- a) bei der Erhebung öffentlicher Schiffsahrts- und Hafenabgaben;
- b) bei der Benutzung öffentlicher Hafeneinrichtungen, Liegestellen, Schleusen und ähnlicher Schiffsahrtsanlagen;
- c) bei der Abfertigung durch die jeweils zuständigen Behörden;
- d) bei der Treibstoff- und Schmiermittelversorgung.

#### Artikel 10

Jede Seite gewährt den Schiffen der anderen Seite hinsichtlich der Zollbehandlung des an Bord mitgeführten Mund- und Schiffsvorrats die gleiche Behandlung wie Schiffen der eigenen Seite. Entsprechendes gilt für die auf den Schiffen zu verwendenden Treib- und Schmierstoffe.

#### Artikel 11

(1) Die Schiffsahrtsunternehmen beider Seiten dürfen im Gebiet der anderen Seite unter Beachtung des dort geltenden Rechts und nach Genehmigung durch die zuständige

Behörde auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Agenturen zur Betreuung von Schiffen und Besatzungen errichten.

(2) Die Schiffahrtsunternehmen beider Seiten können zur Förderung der Wirtschaftlichkeit ihres Verkehrs miteinander Vereinbarungen über die betriebliche, technische und kommerzielle Zusammenarbeit treffen.

#### Artikel 12

Jede Seite gewährt den Schiffahrtsunternehmen der anderen Seite das Recht, die Differenz, die sich aus den Einnahmen und Ausgaben des Betriebs dieser Unternehmen ergibt, frei zu transferieren und frei von Abgaben an den Sitz dieser Unternehmen zu überweisen. Die Transferierung wird auf der Grundlage der amtlichen Wechselkurse innerhalb der üblichen Frist vorgenommen.

#### Artikel 13

(1) Die Besatzungsmitglieder der Schiffe der beiden Seiten benötigen zum Grenzübertritt ein Reisedokument und eine Aufenthaltserlaubnis in der Form des Sichtvermerks (Visum).

(2) Auf den Güterschiffen dürfen sich nur Besatzungsmitglieder befinden. Auf Personen- und Güterschiffen können zusammen mit den Besatzungsmitgliedern auch deren Ehegatten und deren unverheiratete minderjährige Kinder ein- und ausreisen, wenn sie im Besitz eines der in Absatz 1 genannten Dokumente und eines Sichtvermerks sind. Kinder unter 16 Jahren können im Reisedokument eines ihrer Elternteile eingetragen werden.

(3) Auf der Donau benötigen die Besatzungsmitglieder der Schiffe der beiden Seiten für den Grenzübertritt und den Aufenthalt an Bord sowie im Hafengelände der an der Donau gelegenen Häfen keinen Sichtvermerk, wenn sie Inhaber eines Donauschifferausweises oder Schifferdienstpasses und in der Besatzungsliste eingetragen sind. Das gleiche gilt für die in den Donauschifferausweisen oder den Schifferdienstpässen eingetragenen Familienangehörigen der Besatzungsmitglieder.

(4) Sämtliche in den Absätzen 1 bis 3 aufgeführten Personen an Bord müssen in eine Besatzungsliste eingetragen sein.

(5) Beide Seiten tauschen Muster der in den Absätzen 1 und 3 bezeichneten Dokumente aus.

(6) Soweit Rechtsvorschriften einer Seite über Einreise und Aufenthalt von Ausländern günstigere Regelungen enthalten, gehen diese vor.

#### Artikel 14

(1) Die Schiffe beider Seiten dürfen an folgenden Stellen bei Tag und Nacht stilliegen:

- a) im Lade- und Löschhafen;
- b) in Häfen auf der Fahrtstrecke einschließlich der Grenzhäfen;
- c) an den durch die Verkehrsordnung zugelassenen Stellen auf der Fahrtstrecke.

(2) Im Falle einer Havarie, eines Unfalls, einer schweren Krankheit einer Person an Bord oder aus anderen Gründen, die die Weiterfahrt unmöglich machen, können die Schiffe an jeder geeigneten Stelle anlegen. In solchen Fällen hat der Schiffsführer oder eine von ihm bevollmächtigte Person umgehend die nächste Grenz-, Zoll-, Polizei- oder sonstige zuständige Behörde zu unterrichten.

(3) Die zuständigen Behörden beider Seiten leisten bei Havarien oder Unfällen, an denen Schiffe oder Personen der anderen Seite beteiligt sind, die notwendige Hilfe. Dies gilt auch bei Erkrankungen, die sofortige ärztliche Hilfe erfordern.

(4) Bei schweren Havarien oder Unfällen von Schiffen oder Personen einer Seite auf dem Gebiet der anderen Seite wird die Seite, auf deren Gebiet dieses Ereignis geschehen ist, unverzüglich die andere Seite davon verständigen, die erforderlichen Maßnahmen für die Untersuchung der Ursachen des Ereignisses treffen sowie die andere Seite über die Ergebnisse unterrichten und die Protokolle, die für die Schadensregulierung erforderlich sind, übermitteln.

#### Artikel 15

(1) Für die Erfüllung und die Überwachung der Anwendung dieses Abkommens wird ein Gemischter Ausschuß gebildet. Dem Gemischten Ausschuß gehören je drei bevollmächtigte Vertreter jeder Seite an, die vom Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise vom Minister für Verkehr der Volksrepublik Bulgarien bestimmt werden.

Von seiten der Bundesrepublik Deutschland werden dem Gemischten Ausschuß ein Vertreter des Bundesministers für

Verkehr der Bundesrepublik Deutschland als Delegationsleiter sowie je ein vom Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland benannter Vertreter der Schifffahrtsunternehmen und der verladenden Wirtschaft angehören.

Von seiten der Volksrepublik Bulgarien werden dem Gemischten Ausschuß ein Vertreter des Ministers für Verkehr der Volksrepublik Bulgarien als Delegationsleiter sowie je ein vom Minister für Verkehr der Volksrepublik Bulgarien benannter Vertreter der Schifffahrtsunternehmen und der verladenden Wirtschaft angehören.

Zur Prüfung einzelner Fragen kann jede Seite Sachverständige hinzuziehen.

Der Gemischte Ausschuß erarbeitet und bestätigt auf seiner ersten Sitzung eine Geschäftsordnung für seine Tätigkeit.

(2) Der Gemischte Ausschuß hat insbesondere die Aufgabe,

- a) den zuständigen Behörden Vorschläge zu machen für die
  - Festlegung der Transitwasserstraßen (Artikel 4 Absatz 1),
  - Festlegung der Häfen (Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c),
  - Festsetzung von Mindest-/Höchstfrachten und der Nebenbedingungen (Artikel 3 Absatz 4),
  - Anpassung dieses Abkommens an die Entwicklung des Binnenschiffsverkehrs und Lösung aller Fragen, die sich aus der Anwendung dieses Abkommens ergeben,
  - Zulassung von Schiffen aus dritten Ländern zum Wechselverkehr;
- b) Beratungen durchzuführen über Möglichkeiten der Festsetzung von Höchstzahlen der Fahrten im Wechselverkehr (Artikel 3 Absatz 2) und im Transitverkehr (Artikel 4 Absatz 2);
- c) den Verkehr der Schiffe beider Seiten statistisch zu erfassen;
- d) die Einhaltung der nach Buchstabe a getroffenen Vereinbarungen und die Anwendung der Artikel 9, 10 und 11 zu überwachen und



e) die Transportgüter auf die Schiffsverkehrsunternehmen beider Seiten gemäß Artikel 3 Absatz 3 erforderlichenfalls aufzuteilen und die Ladungsaufteilung zu überwachen.

(3) Mindest-/Höchstfrachten einschließlich der Nebenbedingungen, auf die sich der Gemischte Ausschuss geeinigt hat, legt dieser den zuständigen Behörden zur Genehmigung vor. Die zuständigen Behörden vereinbaren die Inkraftsetzung dieser Beschlüsse des Gemischten Ausschusses und teilen einander unverzüglich mit, wann sie nach dem innerstaatlichen Recht in Kraft treten.

(4) Die auf der Grundlage der Vorschläge nach dem Absatz 2 Buchstabe a und Absatz 3 dieses Artikels vorgesehenen Vereinbarungen kommen dadurch zustande, daß sich die zuständigen Behörden ihr Einverständnis mit den ihnen vom Gemischten Ausschuss unterbreiteten Vorschlägen gegenseitig innerhalb von zwei Wochen mitteilen.

(5) Kann eine Einigung im Gemischten Ausschuss nicht erzielt werden, treten auf Antrag einer Seite die Vertreter der zuständigen Behörden innerhalb von vier Wochen zur Konsultation zusammen.

#### Artikel 16

Die zuständigen Behörden werden dem Gemischten Ausschuss auf sein Ersuchen diejenigen Unterlagen übermitteln, deren er zur Erfüllung seiner Aufgaben nach Artikel 15 bedarf.

#### Artikel 17

Die Sportfahrzeuge beider Seiten können die Binnenwasserstraßen im Geltungsbereich dieses Abkommens unter Beachtung der jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften benutzen.

#### Artikel 18

Die Rechte und Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus der Mannheimer Akte von 1868 gegenüber den Vertragsstaaten dieser Akte und die Rechte und Verpflichtungen der Volksrepublik Bulgarien aus der Belgrader Konvention von 1948 gegenüber den Vertragsstaaten dieser Konvention werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

### Artikel 19

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

### Artikel 20

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald beide Seiten einander schriftlich auf diplomatischem Wege mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

(3) Dieses Abkommen kann von jeder Seite mit einer Frist von sechs Monaten vor Ende eines Kalenderjahres schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden. In diesem Fall tritt das Abkommen mit Ablauf dieses Kalenderjahres außer Kraft.

Geschehen zu Bonn am 4. Juli 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher und bulgarischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung  
der Bundesrepublik Deutschland:

LAUTENSCHLAGER

Dr. ZIMMERMANN

Für die Regierung  
der Volksrepublik Bulgarien:

TRIFON PASHOV

## PROTOKOLL

Aus Anlaß des Abschlusses der Verhandlungen über das Abkommen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bulgarien über die Schifffahrt auf den Binnenwasserstraßen erklären die Delegationen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bulgarien:

### 1. Verkehrsrechte

Um eine einheitliche Anwendung des Abkommens zu gewährleisten, haben sich beide Seiten geeinigt, von folgendem inhaltlichen Verständnis der Verkehrsrechte auszugehen:

- (1) Wechselverkehr: Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff einer der Seiten von dem Gebiet der einen Seite in das Gebiet der anderen Seite über ausschließlich solche Binnenwasserstraßen, die beide Seiten miteinander verbinden.
- (2) Transitverkehr: Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff der einen Seite auf Binnenwasserstraßen durch das Gebiet der anderen Seite, ohne daß dabei auf der Durchfahrt Personen zu- oder aussteigen beziehungsweise ohne dabei Güter zu laden oder zu löschen.
- (3) Drittlandverkehr: Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff der einen Seite von einem dritten Land in das Gebiet der anderen Seite oder umgekehrt.
- (4) Kabotage: Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff der einen Seite zwischen Lade- und Löschplätzen an Binnenwasserstraßen der anderen Seite.

Für die Beurteilung, welches Verkehrsrecht in Anspruch genommen wird, ist die Beförderungsleistung des jeweiligen Schiffes maßgebendes Kriterium und nicht die Herkunft und der Zielort des Beförderungsgutes.

2. Auf Antrag der Seite der Bundesrepublik Deutschland wird die Volksrepublik Bulgarien auf der Grundlage eines Vorschlages des Gemischten Ausschusses die Schifffahrt der Bundesrepublik Deutschland am Transitverkehr (Artikel 4) beteiligen.
3. Beide Seiten werden den in Artikel 13 Absatz 5 vorgesehenen Austausch von Dokumenten vor Inkrafttreten des Abkommens vollziehen.
4. Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland erläutert zu Artikel 14 Absatz 1, daß die Zollbehörden im Grenzbereich besondere Anlegestellen bestimmen können.
5. Zu Artikel 14 Absätze 3 und 4 besteht Einvernehmen, daß jede Seite bei Havarien oder Unfällen von Schiffen oder Personen Sachverständige der anderen Seite zur Untersuchung zulassen kann.
6. Beide Seiten erklären: Der Status der Wasserstraßen in Berlin (West) ist nicht Gegenstand des Abkommens. Die Regierung der Volksrepublik Bulgarien bestätigt in diesem Zusammenhang, daß die Bestimmungen dieses Abkommens auf bulgarische Schiffe in Berlin (West) Anwendung finden.

Sofia, den 15. Juli 1988.

Für die Delegation der Regierung  
der Bundesrepublik Deutschland:

PH. NAU  
Leiter der Delegation  
der Bundesrepublik Deutschland

Für die Delegation der Regierung  
der Volksrepublik Bulgarien:

ARSOV  
Leiter der Delegation  
der Volksrepublik Bulgarien

---

[BULGARIAN TEXT — TEXTE BULGARE]

СПОГОДБА МЕЖДУ ПРАВИТЕЛСТВОТО НА ФЕДЕРАЛНА РЕПУБЛИКА ГЕРМАНИЯ И ПРАВИТЕЛСТВОТО НА НАРОДНА РЕПУБЛИКА БЪЛГАРИЯ ЗА КОРАБОПЛАВАНЕ ПО ВЪТРЕШНИТЕ ВОДНИ ПЪТИЩА

Правителството на Федерална република Германия

и

правителството на Народна република България,

водени от желанието да развият по-нататък корабоплаването по вътрешните водни пътища на двете страни,

като имат предвид Заключителния акт на Съвещанието за сигурност и сътрудничество в Европа и особено неговите разпоредби за развитието на транспорта,

се споразумяха за следното:

Член 1

По смисъла на тази Спогодба:

- а) „кораби“: официално регистрирани в обсега на действие на тази Спогодба речни кораби, с които там, където те са регистрирани, могат да се извършват превози на хора и/или товари, без специално разрешение за пътуване;
- б) „кораби-лихтери“: кораби по буква „а“, които са немоторизирани лихтери, без екипаж на борда;
- в) „корабоплавателни предприятия“: предприятия или предприемачи с постоянно седалище или местожителство в обсега на действие на тази Спогодба, извършващи корабоплавателна дейност;
- г) „компетентни органи“: Федералният министър на транспорта на Федерална република Германия и Министърът на транспорта на Народна република България, ако не бъдат взаимно посочени като компетентни други органи или ведомства;
- д) „пристанища“: пристанищата и официално разрешените товаро-разтоварни пунктове в обсега на действие на тази Спогодба.

## Член 2

Съгласно членове 3 до 6 корабите на всяка от договарящите се страни имат право да пътуват по вътрешните водни пътища в обсега на действие на тази Спогодба и да ползуват пристанищата и официално разрешените места за котвена стоянка на другата договаряща се страна. Същото важи съответно и за буксирането на плаващи съоръжения, оборудване и новопостроени кораби.

## Член 3

(1) Корабите на всяка от страните имат право да превозват хора и/или товари между пристанищата на едната договаряща се страна и пристанищата на другата договаряща се страна и обратно през свързващите двете страни вътрешни водни пътища (взаимни превози).

По този начин корабите на едната от договарящите се страни имат право да превозват хора и/или товари между своите пристанища и следните пристанища на другата страна:

- а) морски пристанища;
- б) пристанища, разположени по прекия път към някое морско пристанище;
- в) пристанища, посочени от компетентните органи по предложение на Смесения комитет.

(2) Всяка от договарящите се страни може, спед обсъждане в Смесения комитет — като изключение — по технически причини или заради сигурността на корабите, да посочи горни граници за броя на превозите по нейните водни пътища, в рамките на взаимните превози.

(3) В течение на годината корабоплавателните предприятия на двете страни участват във взаимните превози по равно от общия тонаж. Разпределението се извършва на базата на тонажа на товарите. Ако корабоплавателните предприятия на едната договаряща се страна не са в състояние да извършват своя дял от превозите, те трябва най-напред да предложат тези количества на корабоплавателните предприятия на другата страна, без да ги включват в квотата за превози на другата страна.

(4) Вземайки предвид предложението на Смесения комитет, компетентните органи на двете страни трябва по молба на едната от договарящите се страни обвърз-

вашо да определят икономически приемливи минимални и максимални граници на навлото, както и допълнителни условия.

(5) Участието на кораби от трета страна в транспорта между пристанища от двете договарящи се страни е за сметка на квотата на предоставящата страна.

#### Член 4

(1) Корабите на всяка от страните имат право да превозват хора и/или товари през територията на другата страна, по маршрутите, съгласувани от компетентните органи по предложение на Смесения комитет (транзитни превози).

(2) Всяка от страните може, по изключение, след обсъждане в Смесения комитет — по технически причини или заради сигурността на корабите, да определи горни граници за транзитните превози по своите водни пътища.

#### Член 5

Корабите на всяка от страните могат да превозват хора и/или товари между пристанищата на другата страна и пристанища на трета страна и обратно (превози до и от трети страни) само въз основа на специално разрешение от компетентните органи.

#### Член 6

Превозването на хора и/или товари между пристанищата на другата страна (каботажни превози) се допуска само въз основа на специално разрешение от компетентните органи.

#### Член 7

(1) Корабите, техните екипажи, пътници и товари се подчиняват на законодателството на страната, по чиито вътрешни водни пътища се извършва корабоплаването.

(2) Допускат се обаче следните изключения:

а) по р. Дунав се признават издадените съответно от другата страна свидетелства за правоспособност на

екипажа (включително и за капитана на кораба) както и корабното удостоверение.

- б) за корабоплаване по другите вътрешни водни пътища — с изключение на Рейн, Мозел и морските пътища — след представяне на издадените на територията на другата страна документи и удостоверения, отнасящи се до кораба, екипажа и товарите му (например корабно удостоверение, свидетелства за правоспособност) компетентните органи ще издават изискваните на тяхната територия документи и удостоверения. Предпоставка за това е, правилата за издаването им на територията на едната страна да отговарят на действащите в другата страна правила.

#### Член 8

Опасни товари могат да бъдат превозвани с кораби само тогава, когато за тази цел притежават изискваното по този речен път разрешително.

#### Член 9

Всяка от договарящите се страни ще третира корабите на другата страна при възползуване от предоставените им по членове 2-ри до 6-ти транспортни права, така както собствените ѝ кораби; това се отнася преди всичко до:

- а) събирането на официални корабоплавателни и пристанищни такси;
- б) използването на нечастни пристанищни съоръжения, места за котвени стоянки, шлюзове и други подобни корабоплавателни съоръжения;
- в) оформянето на документи от съответните компетентни органи;
- г) снабдяването на корабите с гориво и смазочни материали.

#### Член 10

Всяка страна гарантира на корабите на другата страна същото митническо обслужване по отношение на намиращите се на борда продоволствени и други корабни запаси, както на собствените ѝ кораби. Същото се отнася и до горивото и смазочните материали, предназначени за потребление от дадения кораб.



## Член 11

(1) Корабоплавателните предприятия на договарящите се страни могат, при спазване на местното законодателство и с разрешение на компетентните органи, на взаимна основа, да откриват на територията на другата страна агенции за обслужване на корабите и екипажите.

(2) За насърчаване на ефективността на своя транспорт корабоплавателните предприятия на двете страни могат да сключват помежду си споразумения за експлоатационно, техническо и търговско сътрудничество.

## Член 12

Всяка договаряща се страна предоставя на корабоплавателните предприятия на другата страна, правото свободно да обменят и без удържки да превеждат в своето седалище, разликите от приходите и разходите в резултат на дейността на тези предприятия. Обмяната се извършва по официалния валутен курс и в обичайния срок.

## Член 13

(1) За пресичане на границите членовете на екипажите на корабите на двете страни трябва да притежават валиден задграничен паспорт и разрешение за престой, под формата на виза.

(2) На товарните кораби трябва да се намират само членовете на екипажа. С пътническите и товарните кораби заедно с членовете на екипажа могат да влизат и излизат в страната техните съпрузи и неженените им непълнолетни деца, ако същите притежават посочените в алинея 1 документи и визи. Деца под 16 години могат да бъдат вписани в паспорта на един от родителите.

(3) По река Дунав членовете на екипажите на корабите на двете страни не се нуждаят от виза при пресичане на границите, при пребиваване на борда или на територията на пристанищата по р. Дунав, ако притежават дунавска моряшка книжка или моряшки паспорт и са вписани в корабния екипажен списък. Същото се отнася и до вписаните в дунавските моряшки книжки или в моряшките паспорти членове на семействата на членовете на екипажите.

(4) Всички лица, посочени в алинеи 1 до 3 и намиращи се на борда, трябва да бъдат вписани в корабния екипажен списък.

(5) Двете страни ще разменят образци от посочените в алинеи 1 и 3 документи.

(6) Ако правните норми относно влизането и престоя на чужденци на една от договарящите се страни съдържат по-благоприятни условия, те имат предимство.

#### Член 14

(1) Корабите на двете страни могат по всяко време на денонощието да застават на котва на някое от следните места:

- а) в пристанищата, където товарят или разтоварват;
- б) в пристанищата по маршрута, включително граничните пристанища;
- в) в разрешените от правилата за плаване места по маршрута.

(2) При авария, нещастен случай, тежко заболяване на лице на борда или друга причина, която възпрепятства кораба да продължи пътуването си, той може да застане на котва на всяко удобно за целта място. В такъв случай капитанът или упълномощено от него лице трябва незабавно да информира най-близките гранични, митнически, полицейски или други компетентни органи.

(3) Компетентните органи на договарящите се страни оказват необходимата помощ при авария или нещастен случай на кораб или лице на другата страна. Това се отнася и до заболявания, изискващи незабавна лекарска помощ.

(4) При тежка авария или нещастен случай на кораби или лица от едната страна на територията на другата страна, страната на чиято територия се е случило събитието, незабавно ще информира другата страна за станалото, ще вземе необходимите мерки за проучване на причините на събитието, ще информира другата страна за резултатите и ще предостави необходимите за регулиране на щетите, протоколи.

## Член 15

(1) За изпълнение и контрол над прилагането на тази Спогодба се създава Смесен комитет. В Смесения комитет участвуват по трима пълномощни представители на всяка страна, назначени съответно от Федералния министър на транспорта на Федерална република Германия и Министърът на транспорта на Народна република България. От страна на Федерална република Германия в Смесения комитет ще участвува представител на Федералния министър на транспорта на Федерална република Германия като ръководител на делегацията, както и представител на корабоплавателните предприятия и на товарособствениците — и двамата посочени от Федералния министър на транспорта на Федерална република Германия.

От страна на Народна република България в Смесения комитет ще участвува представител на Министъра на транспорта на Народна република България, като ръководител на делегацията, както и представител на корабоплавателните предприятия и товарособствениците — и двамата посочени от Министъра на транспорта на Народна република България. За разглеждане на отделни проблеми двете договарящи се страни могат да привличат експерти.

На първото си заседание Смесеният комитет изработва и утвърждава процедурни правила за своята дейност.

(2) Смесеният комитет има за задача преди всичко:

- а) да внася предложения пред компетентните органи за:
- определяне на водните пътища за транзитно пътуване (Член 4, ал.1);
  - определяне на пристанищата (Член 3, ал.1, буква „в“);
  - определяне на горните и долните граници на навлото и уточняване на допълнителните условия (Член 3, ал.4);
  - осъвременяване на тази Спогодба в съответствие с развитието на речното корабоплаване и решаване на всички въпроси, произтичащи от нейното прилагане;
  - допускане на кораби на трети страни до взаимните превози;

- б) да провежда обсъждане на възможностите за определяне на максимален брой на взаимните превози (Чл.3, ал.2) и на транзитните превози (Чл.4, ал.2);
- в) да води отчет за извършените превози с корабите на всяка от страните;
- г) да контролира спазването на споразуменията по буква „а“ и прилагането на членове 9, 10 и 11;
- д) да разпределя при необходимост товарите сред корабоплавателните предприятия на двете страни съгласно Член 3, ал.3 и да контролира това разпределение.

(3) Смесеният комитет предлага на компетентните органи долните и горните граници на навлото, включително до пълните условия, по които се е споразумял, с цел те да бъдат одобрени. Компетентните органи съгласуват влизането в сила на тези решения на Смесения комитет и си съобщават незабавно кога те влизат в сила в съответствие с вътрешното им законодателство.

(4) Предвидените въз основа на предложенията по ал.2, буква „а“ и ал.3 на този Член споразумения се постигат като компетентните органи в двуседмичен срок се информират взаимно за съгласието си с направените от Смесения комитет предложения.

(5) Ако в Смесения комитет не бъде постигнато съгласие, по молба на една от договарящите се страни в четириседмичен срок представители на компетентните органи се срещат за консултация.

#### Член 16

По молба на Смесения комитет компетентните власти му предоставят онези документи, които са му необходими за изпълнение на неговите задачи по чл.15.

#### Член 17

Спортните лодки и кораби на двете страни могат да използват вътрешните водни пътища в обсега на действие на тази Спогодба при спазване на съответното вътрешно законодателство.

## Член 18

Правата и задълженията на Федерална република Германия по Манхаймския акт от 1868 г. спрямо договарящите се страни по този Акт и правата и задълженията на Народна република България по Белградската конвенция от 1948 г. спрямо договарящите се страни по тази Конвенция не се засягат от тази Спогодба.

## Член 19

Съгласно Четиристранното споразумение от 3 септември 1971 година, тази Спогодба се разпростира в съответствие с установената процедура върху Берлин (Запад).

## Член 20

(1) Тази Спогодба се сключва за неопределен срок.

(2) Тази Спогодба влиза в сила след като двете страни по дипломатически път се уведомят взаимно за изпълнението на вътрешнодържавните изисквания за влизането на Спогодбата в сила.

(3) Тази Спогодба може да бъде денонсирана от всяка от договарящите се страни чрез отправено по дипломатически път писмено предизвестие със срок от шест месеца преди края на календарната година. В такъв случай, с изтичането на календарната година Спогодбата прекратява действието си.

Съставена в Бон на 04.07.1989 в два оригинални екземпляра на немски и български език, като и двата текста имат еднаква сила.

За Правителството  
на Федерална република Германия:

LAUTENSCHLAGER

Dr. ZIMMERMANN

За Правителството  
на Народна република България:

TRIFON PASHOV

## ПРОТОКОП

По повод приключването на преговорите за съгласуване на Спогодба между правителствата на Федерална република Германия и Народна република България за корабоплаване по вътрешните водни пътища, делегациите на Федерална република Германия и Народна република България дават следните обяснения:

### 1. Права за превоз

За да се осигури еднакво приложение на Спогодбата, двете страни се споразумяха да изхождат от следния смисъл на понятията за правата за превоз:

- (1) Взаимни превози: Превози на хора и/или товари с кораб на една от страните от територията на едната страна в територията на другата страна само по вътрешните водни пътища, които свързват двете страни.
- (2) Транзитни превози: Превози на хора и/или товари с кораб на едната страна по вътрешните водни пътища през територията на другата страна, без право по време на пътуването да се качват или слизат хора, респ. без да се товарят или разтоварват стоки.
- (3) Превози до трети страни: Превози на хора и/или товари с кораб на едната страна от трета страна в територията на другата страна или обратно.
- (4) Каботаж: Превоз на хора и/или товари с кораб на едната страна между местата за товарене и разтоварване по вътрешните водни пътища на другата страна.

За определяне кое право за превоз ще се прилага, решаващ критерий е осъщественият превоз от даден кораб, а не произходът и мястото на назначение на товара, превозван от кораба.

2. По молба от страна на Федерална република Германия, Народна република България, по предложение на Смесения комитет, ще дава възможност за участие на кораби на Федерална република Германия в транзитните превози (член 4).
3. Двете страни ще извършат предвидената в член 13, алинея 5 размяна на документи преди влизането в сила на тази Спогодба.
4. Делегацията на Федерална република Германия, обяснява по член 14, алинея 1, че митническите власти ще определят котвените стоянки в граничната зона.
5. По член 14, алинея 3 и 4 беше постигнато съгласие, че всяка страна може да допусне експерти на другата страна за разследване при аварии или нещастни случаи с кораби или хора.
6. Статутът на водните пътища в Берлин (Запад) не е предмет на тази Спогодба. В тази връзка Правителството на НРБ потвърждава, че разпоредбите на тази Спогодба ще се прилагат за българските кораби в Берлин (Запад).

гр. София, 15 юли 1988 г.

За делегацията  
на Федерална република Германия:

РН. NAU  
Ръководител на делегацията  
на Федерална република Германия

За делегацията  
на Народна република България:

ARSOV  
Ръководител на делегацията  
на Народна република България

---

## [TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL  
REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE  
PEOPLE'S REPUBLIC OF BULGARIA ON NAVIGATION ON  
INLAND WATERWAYS

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the People's Republic of Bulgaria,

Desiring to develop further the navigation on inland waterways of both parties,

Bearing in mind the Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe,<sup>2</sup> and in particular its provisions concerning the development of transport,

Have agreed as follows:

*Article 1*

For the purposes of this Agreement,

(a) "Ships" means inland vessels officially registered in the area to which this Agreement applies which may be operated at their place of registration in passenger and/or freight carriers without special authorization;

(b) "Lighters" means vessels within the meaning of subparagraph (a) which have neither crew nor engine;

(c) "Shipping establishments" means shipping operators which have their permanent place of business or residence in the area to which this Agreement applies;

(d) "Competent authorities" means the Federal Minister of Transport of the Federal Republic of Germany and the Minister of Transport of the People's Republic of Bulgaria, insofar as they do not notify each other that other authorities or bodies shall be competent;

(e) "Ports" means the ports and officially approved transshipment points in the area to which this Agreement applies.

*Article 2*

In accordance with articles 3 to 6, the ships of one party may use the inland waterways of the other party in the area to which this Agreement applies, as well as the ports and officially approved berths in such area. This shall also apply as appropriate to the transport of floating equipment and floating objects, as well as to the transfer of newly built vessels.

*Article 3*

1. Ships of either party may carry passengers and/or freight in either direction between the ports of one party and the ports of the other party on the inland waterways connecting them (reciprocal traffic). In reciprocal traffic, ships of one party

<sup>1</sup> Came into force on 20 December 1990, the date on which the Parties notified each other of the completion of the national requirements, in accordance with article 20 (2).

<sup>2</sup> *International Legal Materials*, vol. XIV (1975), p. 1292 (American Society of International Law).



may carry passengers and/or freight between its own ports and the following ports of the other party:

- (a) Seaports;
- (b) Ports situated on the direct route to seaports;
- (c) Ports designated by the competent authority, on the proposal of the Joint Committee.

2. In special cases, for technical reasons or reasons of safety on board ship, each party may, after discussion in the Joint Committee, determine the maximum quotas of runs on its waterways in reciprocal traffic.

3. In reciprocal traffic, the shipping establishments of both parties shall share the volume of traffic equally and continuously throughout the year. The apportionment of traffic shall be made on the basis of cargo tonnage. Insofar as the shipping establishments of one party are unable to carry their share of the traffic, they shall first of all offer the volume of traffic in question to the shipping establishments of the other party, and such volume shall not be charged to the carriage quota of the establishments in question.

4. The competent authorities of the two parties shall, at the request of either party, determine, on the basis of a proposal by the Joint Committee, economically viable minimum and maximum carriage rates and supplementary conditions.

5. Participation by ships of a third country in traffic between the ports of the two parties shall be charged to the quota of the ceding party.

#### *Article 4*

1. Ships of either party may carry passengers and/or cargo through the territory of the other party (transit traffic) on such stretches of waterways as are agreed upon by the competent authorities on the basis of a proposal by the Joint Committee.

2. In special cases, for technical reasons or reasons of safety on board ship, each party may, after discussion in the Joint Committee, determine a maximum quota of transit traffic runs on its waterways.

#### *Article 5*

Ships of either party may carry passengers and/or cargo between a port of the other party and a port in a third country (third-country traffic) and vice versa only on the basis of special authorization of the competent authorities.

#### *Article 6*

The carriage of passengers and/or freight between ports of the other parties (cabotage) shall be permitted only by special authorization of the competent authority.

#### *Article 7*

1. Ships and their crews, passengers and cargoes shall be governed by the legislative provisions of the party whose inland waterways are being used.

2. However, the following exceptions shall apply:

(a) On the Danube, the certificate of competence issued by the other party for the crew (including the captain of the ship) and the navigability certificate shall be recognized.

(b) For shipping on other inland waterways — with the exception of the Rhine, the Mosel and maritime shipping lanes — the competent authorities shall, on presentation of the documents and certificates issued in the territory of the other party, issue the documents and certificates prescribed in their country relating to the ship, and to its crew and cargo (e.g., navigability certificate and master's certificate), provided that the documents and certificates are issued in the territory of one party on terms compatible with the regulations in force in the territory of the other party.

#### *Article 8*

Dangerous cargo may be transported by ships only if they possess a valid certificate of authorization for such purpose as prescribed for the waterway in question.

#### *Article 9*

Both parties shall give equal treatment to the ships of the one and the other party in respect of the traffic rights granted to them under articles 2 to 6, especially with regard to:

- (a) The levying of public shipping and port charges;
- (b) The use of public port installations, berths, sluices and similar navigational facilities;
- (c) Clearance by the competent authorities;
- (d) The supply of fuel and lubricants.

#### *Article 10*

Both parties shall accord equal treatment to the ships of the one and the other party in respect of customs clearance of the food and ship's provisions carried on board. The same shall apply to fuel and lubricants intended for use on board.

#### *Article 11*

1. The shipping establishments of both parties may, following approval by the competent authorities and on a basis of reciprocity, establish agencies responsible for their ships and crews in the territory of the other party in compliance with the laws in force there.

2. The shipping establishments of both parties may make arrangements concerning operational, technical and commercial cooperation in order to promote the profitability of their relations with one another.

#### *Article 12*

Each party shall grant the shipping establishments of the other party the right to transfer to their headquarters freely and without any charges the balance resulting from the difference between their operating income and their operating expenses. The transfer shall be effected on the basis of the official rates of exchange within the usual time limit.

*Article 13*

1. In order to cross the border, the crew members of the ships of both parties shall require a travel document and a residence permit in the form of a visa.

2. Only crew members shall be allowed on board cargo ships. On passenger and cargo ships, the crew members and their spouses and unmarried children who are minors may cross the border if they are in possession of one of the documents referred to in paragraph 1 and a visa. Children under the age of 16 may be included in the travel document of one of their parents.

3. On the Danube, crew members of the ships of the two parties shall not require a visa in order to cross the border or to remain on board or within dock areas on the Danube provided they are in possession of a Danube shipping pass or official shipping passport and are registered as members of the crew. The same shall apply to the family members of the crew members listed in the Danube shipping passes or official shipping passports.

4. All persons on board referred to in paragraphs 1 to 3 must be registered in a crew list.

5. The two parties shall exchange specimens of the documents referred to in paragraphs 1 to 3.

6. Insofar as the legal provisions of a party contain more favourable regulations governing the entry and stay of foreigners, such provisions shall take precedence.

*Article 14*

1. The ships of both parties may moor day or night at the following places:

- (a) Ports of loading and discharge;
- (b) Ports along the route, including border ports;
- (c) Places along the route authorized by the traffic regulations.

2. In the event of a collision, an accident or the severe illness of a person on board, or if there are other reasons which render a continuation of the run impossible, ships may berth at any appropriate place. In such cases, the ship's captain or a person authorized by him shall immediately inform the nearest border, customs, police or other competent authorities.

3. The competent authorities of the two parties shall provide the required assistance in cases of collisions or accidents in which ships or persons of the other party are involved. This shall also apply to illnesses requiring immediate medical assistance.

4. In the case of severe collisions or accidents involving ships or persons of one party on the territory of the other party, the party on whose territory such an event has occurred shall immediately notify the other party, take the necessary steps to investigate the causes of the incident, inform the other party of the results and transmit the reports required for the adjustment of claims.

*Article 15*

1. For the implementation and the monitoring of the application of this Agreement, a Joint Committee shall be established. The Joint Committee shall be made up of three authorized representatives of each party, who shall be designated by the

Federal Minister of Transport of the Federal Republic of Germany or the Minister for Transport of the People's Republic of Bulgaria.

In the case of the Federal Republic of Germany, the Joint Committee shall include a representative of the Federal Minister of Transport of the Federal Republic of Germany as head of delegation, a representative of the shipping establishments and a representative of the freight industry, both designated by the Federal Minister of Transport of the Federal Republic of Germany.

In the case of the People's Republic of Bulgaria, the Joint Committee shall include a representative of the Minister of Transport of the People's Republic of Bulgaria as head of delegation, a representative of the shipping establishment and a representative of the freight industry, both designated by the Minister of Transport of the People's Republic of Bulgaria.

Each party may call in experts to consider individual issues.

At its first meeting, the Joint Committee shall draw up and adopt its rules of procedure.

2. The functions of the Joint Committee shall be in particular:

(a) To submit to the competent authorities proposals regarding:

- Determination of the transit waterways (article 4, paragraph 1),
- Determination of the ports (article 3, paragraph 1 (c)),
- Determination of the minimum and maximum carriage rates and supplementary conditions (article 3, paragraph 4),
- Adaptation of this Agreement to the development of inland navigation and resolution of all questions arising from the application of this Agreement,
- Admission of ships of third countries to reciprocal traffic;

(b) To conduct consultations on the possibility of determining a maximum quota of reciprocal traffic runs (article 3, paragraph 2) and transit runs (article 4, paragraph 2);

(c) To record statistics on the shipping traffic of both parties;

(d) To monitor the implementation of the arrangements made under subparagraph (a) above and the application of articles 9, 10 and 11; and

(e) To apportion, if necessary, the carriage of cargo to the shipping establishments of both parties in accordance with article 3, paragraph 3, and to monitor the apportionment of traffic.

3. The minimum and maximum carriage rates and supplementary conditions on which the Joint Committee has agreed shall be submitted by the Joint Committee to the competent authorities for approval. The competent authorities shall agree upon entry into force of such decisions of the Joint Committee and shall notify each other immediately when they enter into force in accordance with domestic legislation.

4. The arrangements provided for on the basis of proposals under paragraphs 2 (a) and 3 above shall take effect when the competent authorities reciprocally give notice within a period of two weeks of their agreement to the proposals submitted to them by the Joint Committee.

5. If full agreement is not reached in the Joint Committee, the representatives of the competent authorities shall, at the request of either party, meet for consultations within four weeks.

#### *Article 16*

The competent authorities shall transmit to the Joint Committee at its request such documents as it may require for the performance of its functions under article 15.

#### *Article 17*

The recreational craft of both parties may use the inland waterways in the area to which this Agreement applies, subject to compliance with their respective domestic legal provisions.

#### *Article 18*

The rights and obligations of the Federal Republic of Germany under the Mannheim Act of 1868 in relation to the States parties to the Act and the rights and obligations of the People's Republic of Bulgaria under the Belgrade Convention of 1948 in relation to the States parties to the Convention shall not be affected by this Agreement.

#### *Article 19*

In conformity with the Quadripartite Agreement of 3 September 1971,<sup>1</sup> this Agreement shall, in accordance with the establishment procedures, be extended to Berlin (West).

#### *Article 20*

1. This Agreement is concluded for an indefinite period.
2. This Agreement shall enter into force on the date on which the two parties have notified each other in writing through the diplomatic channel of the completion of their national requirements for the entry into force of the Agreement.
3. This Agreement may be denounced in writing, through the diplomatic channel, by either party, six months prior to the end of a calendar year, in which case it shall cease to have effect at the end of that calendar year.

DONE at Bonn on 4 July 1989 in duplicate in the German and Bulgarian languages, both texts being equally authentic.

For the Government  
of the Federal Republic of Germany:

LAUTENSCHLAGER  
ZIMMERMANN

For the Government  
of the People's Republic  
of Bulgaria:

TRIFON PASHOV

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 880, p. 115.

## PROTOCOL

On the occasion of the conclusion of the negotiations on the Agreement between the Federal Republic of Germany and the People's Republic of Bulgaria on Navigation on Inland Waterways, the delegations of the Federal Republic of Germany and the People's Republic of Bulgaria declare:

1. Traffic rights

In order to ensure uniform application of the Agreement, the two parties have agreed on the following substantive interpretation of traffic rights:

(1) *Reciprocal traffic:*

Carriage of passengers and/or freight by a ship of one of the parties from the territory of one party to the territory of the other party exclusively on such inland waterways as link the two parties.

(2) *Transit traffic:*

Carriage of passengers and/or freight by a ship of one party on inland waterways through the territory of the other party, with no passengers boarding or disembarking and no freight being taken on or discharged in the course of such passage.

(3) *Third-country traffic:*

Carriage of passengers and/or freight by a ship of one party from a third country to the territory of the other party or vice versa.

(4) *Cabotage:*

Carriage of passengers and/or freight by a ship of one party between loading and unloading points on inland waterways of the other party.

In determining which traffic right is being exercised, the decisive criterion shall be the carriage engaged in by the ship in question, not the origin or destination of the cargo carried.

2. At the request of the Federal Republic of Germany, the People's Republic of Bulgaria shall, on the basis of a proposal by the Joint Committee, enable the shipping of the Federal Republic of Germany to participate in transit traffic (article 4).

3. The two parties shall complete the exchange of documents provided for in article 13, paragraph 5, prior to the entry into force of the Agreement.

4. With respect to article 14, paragraph 1, the delegation of the Federal Republic of Germany specifies that the customs authorities may designate special berths in the border area.

5. With respect to article 14, paragraphs 3 and 4, it is understood that in cases of collisions or accidents involving ships or persons either party may authorize experts of the other party to conduct investigations.

6. The two parties declare that the status of the inland waterways of Berlin (West) is not covered by this Agreement. The Government of the People's Republic of Bulgaria confirms in that connection that the provisions of this Agreement shall apply to Bulgarian ships in Berlin (West).

Sofia, 15 July 1988.

For the Government  
of the Federal Republic of Germany:

NAU  
Leader of the delegation  
of the Federal Republic of Germany

For the Government  
of the People's Republic  
of Bulgaria:

ARSOV  
Leader of the delegation  
of the People's Republic of Bulgaria

---

## [TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD<sup>1</sup> ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE  
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA  
RÉPUBLIQUE POPULAIRE DE BULGARIE RELATIF À LA  
NAVIGATION SUR LES EAUX INTÉRIEURES

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République populaire de Bulgarie,

Mus par la volonté de développer plus avant la navigation sur les eaux intérieures de leurs deux pays,

Considérant l'Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe<sup>2</sup> et, en particulier, ses dispositions concernant le développement des transports,

Sont convenus de ce qui suit :

*Article premier*

Au sens du présent Accord, on entend par :

a) « Navires » : les navires de navigation intérieure enregistrés officiellement sur le territoire d'application du présent Accord qui peuvent être utilisés pour le transport de passagers ou de marchandises là où ils sont enregistrés sans autorisation spéciale;

b) « Allèges » : les embarcations visées à l'alinéa a du présent article qui n'ont pas d'équipage et ne sont pas motorisées;

c) « Entreprises de navigation » : des entreprises ou entrepreneurs de navigation qui ont le siège de leur entreprise ou leur domicile permanent sur le territoire d'application du présent Accord;

d) « Autorités compétentes » : le Ministre fédéral des transports de la République fédérale d'Allemagne et le Ministre des transports de la République populaire de Bulgarie, pour autant qu'ils ne se notifient pas mutuellement que d'autres autorités ou organes sont compétents;

e) « Ports » : les ports ou ports d'escale officiellement autorisés sur le territoire d'application du présent Accord.

*Article 2*

Sous réserve des dispositions des articles 3 à 6 du présent Accord, les navires de l'une des Parties contractantes ont le droit d'utiliser les voies d'eau intérieures de l'autre Partie contractante sur le territoire d'application du présent Accord ainsi que les ports et les ports d'escale officiellement autorisés qui s'y trouvent. Les disposi-

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 20 décembre 1990, date à laquelle les Parties se sont notifiées l'accomplissement des formalités internes requises, conformément au paragraphe 2 de l'article 20.

<sup>2</sup> *Documents d'actualité internationale*, nos 34-35-36 (26 août-2 et 9 septembre 1975), p. 642 (La Documentation française).



tions s'appliquent aussi *mutatis mutandis* au transport de matériel ou d'articles flottants ainsi qu'au transfert de navires nouvellement construits.

### Article 3

1. Les navires des deux Parties contractantes sont autorisés à transporter des passagers ou des marchandises entre les ports de l'une des Parties contractantes et les ports de l'autre Partie contractante et inversement, en empruntant les voies d'eau intérieures qui les relient (trafic réciproque). En trafic international, les navires de l'une des Parties contractantes sont autorisés à transporter des passagers ou des marchandises entre des ports de leur pays et les ports énumérés ci-après de l'autre Partie contractante :

- a) Ports maritimes;
- b) Ports qui se trouvent sur l'itinéraire direct conduisant à un port maritime;
- c) Ports désignés par les autorités compétentes sur proposition de la Commission mixte.

2. Après consultation au sein de la Commission mixte, chaque Partie contractante peut, exceptionnellement, pour des raisons techniques ou pour respecter la sécurité des navires qui naviguent sur ses eaux intérieures en trafic réciproque, déterminer le nombre maximal de transports.

3. En trafic réciproque et à titre continu, les entreprises de navigation des deux Parties assurent à égalité le trafic des marchandises et/ou des passagers au cours de l'année. La répartition du trafic est calculée sur la base du tonnage transporté. Si les entreprises de navigation de l'une des Parties contractantes ne sont pas en mesure de transporter leur part, elles proposent d'abord aux entreprises de navigation de l'autre Partie contractante de transporter l'excédent sans qu'il vienne en déduction de la portion du trafic qui leur revient.

4. Sur demande de l'une ou l'autre Partie contractante et en tenant compte des propositions de la Commission mixte, les autorités compétentes des deux Parties contractantes déterminent obligatoirement le nombre minimal et le nombre maximal de parcours économiquement rentables pour les deux Parties contractantes ainsi que les conditions afférentes.

5. La participation de navires de pays tiers au trafic entre les ports des deux Parties contractantes vient en déduction de la quote-part de celle des Parties contractantes qui offre la participation.

### Article 4

1. Les navires des deux Parties contractantes peuvent transporter des passagers ou des marchandises à travers le territoire de l'autre Partie contractante sur les tronçons dont il est convenu entre les autorités compétentes, sur proposition de la Commission mixte (trafic de transit).

2. Après consultation au sein de la Commission mixte, chacune des Parties contractantes peut déterminer le nombre maximal de parcours de ses eaux intérieures en transit dans des cas exceptionnels pour des raisons techniques ou pour respecter la sécurité des navires.

### *Article 5*

Les navires des deux Parties contractantes ne peuvent transporter des passagers ou des marchandises entre un port de l'autre Partie contractante et un port situé dans un Etat tiers (trafic avec un pays tiers) et inversement que sur autorisation spéciale des autorités compétentes dans chaque cas.

### *Article 6*

Le transport de passagers et/ou de marchandises entre des ports de l'autre Partie contractante (cabotage) n'est admis que sur autorisation spéciale des autorités compétentes dans chaque cas.

### *Article 7*

1. Les navires, leur équipage, leurs passagers et leur chargement sont soumis à la réglementation de la Partie contractante sur le territoire de laquelle se trouvent les eaux intérieures.

2. Les exceptions suivantes sont admises à cette règle :

a) En ce qui concerne la navigation sur le Danube, chaque Partie contractante reconnaît les documents et certificats relatifs aux navires et à leur équipage (y compris au commandant) délivrés par l'autre Partie contractante;

b) En ce qui concerne la navigation sur les autres voies d'eau intérieures — à l'exception du Rhin, de la Moselle et des voies navigables maritimes — les autorités compétentes délivrent les documents et certificats prescrits sur leur territoire sur présentation des documents et certificats obtenus sur le territoire de l'autre Partie pour le navire concerné, son équipage et sa cargaison. La condition est que les documents et les certificats délivrés par l'une des Parties contractantes sur son territoire sont assujettis à des conditions considérées suffisantes par la réglementation en vigueur de l'autre Partie contractante.

### *Article 8*

Les navires ne peuvent transporter de marchandises dangereuses que s'ils possèdent les autorisations valables prévues pour les voies d'eau qu'ils empruntent.

### *Article 9*

Chacune des Parties contractantes applique aux navires de l'autre Partie contractante en ce qui concerne les droits de trafic accordés conformément aux dispositions des articles 2 à 6 du présent Accord, le même traitement qu'à ses propres navires; ceci vaut particulièrement pour :

a) La perception des redevances dues pour les parcours et des redevances portuaires;

b) L'utilisation des installations portuaires, des postes d'amarrage, écluses et autres installations portuaires publiques;

c) Les formalités exigées par les autorités compétentes;

d) La fourniture de carburants et de lubrifiants.

### *Article 10*

Chacune des Parties contractantes applique aux navires de l'autre Partie contractante le même traitement que celui qu'elle accorde à ses propres navires en ce

qui concerne le dédouanement des provisions de bouche et autres à bord. Il en est de même des carburants et lubrifiants destinés à être utilisés par le navire.

#### *Article 11*

1. Les entreprises de navigation des deux Parties contractantes sont autorisées à installer sur le territoire de l'autre Partie contractante, sous réserve de l'application du droit de cette autre Partie contractante et après autorisation par les autorités compétentes sur une base de réciprocité, des bureaux chargés de s'occuper des navires et de leur équipage.

2. Afin d'améliorer les conditions économiques de la navigation, les entreprises de navigation des deux Parties contractantes peuvent convenir de dispositions favorables à leur coopération dans les domaines administratifs, techniques et commerciaux.

#### *Article 12*

Chacune des Parties contractantes autorise les entreprises de navigation de l'autre Partie contractante à transférer, à leur siège librement, sans droit, la différence entre leurs recettes et leurs dépenses. Le transfert se fait sur la base du taux de change officiel dans les délais normaux.

#### *Article 13*

1. Pour franchir la frontière, les membres de l'équipage des navires des deux Parties contractantes doivent être munis d'un document de voyage et d'une autorisation de séjour consistant en un visa.

2. Seuls les membres de l'équipage peuvent se trouver à bord des navires qui transportent du fret. Les navires qui transportent des passagers et du fret peuvent transporter, en plus des membres de leur équipage, les conjoints de ceux-ci et leurs enfants mineurs non mariés, à l'aller et au retour, à condition que ceux-ci soient en possession des documents visés au paragraphe 1 du présent article et d'un visa. Les enfants de moins de 16 ans peuvent être inscrits sur le document de voyage de l'un de leurs parents.

3. Sur le Danube, les membres de l'équipage des navires des deux Parties contractantes peuvent traverser la frontière et séjourner à bord ainsi que dans le périmètre portuaire des ports danubiens sans visa de séjour à condition d'être titulaires d'un document de batelier du Danube ou d'un passeport de membre d'équipage et être inscrits sur la liste des membres de l'équipage. Il en est de même pour les membres de la famille des membres de l'équipage qui sont inscrits sur le document de batelier du Danube ou le passeport de membre d'équipage.

4. Toutes les personnes qui se trouvent à bord et sont visées aux paragraphes 1 à 3 du présent article doivent être inscrites sur une liste de l'équipage.

5. Les deux Parties contractantes échangent des modèles des documents visés aux paragraphes 1 à 3 du présent article.

6. Si la réglementation de l'une des Parties contractantes prévoit des dispositions plus favorables concernant l'entrée et le séjour des étrangers sur le territoire, ce sont ces dispositions qui sont appliquées.

*Article 14*

1. Les navires des deux Parties contractantes peuvent accoster de jour et de nuit :

- a) Dans les ports de chargement et de débarquement;
- b) Dans les ports situés le long du parcours; y compris les ports frontaliers;
- c) Aux endroits admis par la réglementation le long du parcours.

2. En cas d'avarie, d'accident, de maladie grave d'une personne se trouvant à bord ou d'autres raisons qui rendent impossible la poursuite du parcours, le navire peut accoster à tout endroit qui s'y prête. Dans ce cas, le commandant du navire ou toute personne déléguée par lui avertit immédiatement les autorités frontalières ou douanières ou les autorités de police ou autres les plus proches.

3. Les autorités compétentes apportent l'assistance nécessaire en cas d'avarie ou d'accident concernant les navires de l'autre Partie contractante ou les personnes qui se trouvent à leur bord. Cette disposition s'applique aussi en cas de maladie qui nécessite l'intervention immédiate d'un médecin.

4. En cas d'avarie ou d'accident grave dont serait victime le navire de l'une des Parties contractantes ou toute personne se trouvant à bord de ce navire sur le territoire de l'autre Partie contractante, la Partie sur le territoire de laquelle l'accident est survenu en avise sans retard l'autre Partie, prend les mesures nécessaires pour enquêter sur les causes de l'incident, informe l'autre Partie des résultats de cette enquête et transmet les protocoles nécessaires pour la régularisation de l'accident.

*Article 15*

1. Il est constitué une Commission mixte chargée de mettre en œuvre le présent Accord et d'en surveiller l'application. La Commission mixte est composée de trois représentants plénipotentiaires de chaque Partie contractante qui sont désignés par le Ministre fédéral des transports de la République fédérale d'Allemagne et le Ministre des transports de la République populaire bulgare. Les représentants de la République fédérale d'Allemagne sont désignés comme suit : la délégation est dirigée par un représentant du Ministre fédéral des transports de la République fédérale d'Allemagne et les deux autres membres sont désignés par le Ministre fédéral des transports de la République fédérale d'Allemagne pour représenter, l'un les entreprises de transport maritime et l'autre les chargeurs. Les représentants de la République populaire bulgare sont désignés comme suit : la délégation est dirigée par un représentant du Ministre des transports de la République populaire bulgare et les deux autres membres sont désignés par le Ministre des transports de la République populaire bulgare pour représenter, l'un les entreprises de transport maritime et l'autre les chargeurs. Chaque Partie contractante peut faire appel à des experts pour l'examen de questions particulières. La Commission mixte établit et adopte l'ordre du jour de ses travaux à sa première séance.

2. La Commission mixte est chargée en particulier de :

- a) Faire des propositions aux autorités compétentes en ce qui concerne :

- La détermination des voies d'eau intérieures de transit (paragraphe 1 de l'article 4);
- La détermination des ports (alinéa c du paragraphe 1 de l'article 3);

- La détermination des quantités maximales et minimales de fret et des conditions afférentes (paragraphe 4 de l'article 3);
- L'adaptation du présent Accord à l'évolution de la navigation sur les eaux intérieures et le règlement de toutes les questions résultant de l'application du présent Accord.
- La délivrance d'autorisation de trafic réciproque aux navires d'Etats tiers.

*b)* Se consulter au sujet des possibilités de détermination du nombre maximal de parcours en trafic réciproque (paragraphe 2 de l'article 3) et du nombre maximal de transits (paragraphe 2 de l'article 4);

*c)* Etablir des statistiques au sujet du trafic des navires des deux Parties contractantes;

*d)* Surveiller le respect des dispositions convenues en application de l'alinéa *a* du présent paragraphe et l'application des dispositions des articles 9, 10 et 11 du présent Accord;

*e)* Répartir, le cas échéant, les marchandises entre les entreprises de navigation des deux Parties contractantes conformément aux dispositions du paragraphe 3 de l'article 3 et surveiller la répartition.

3. Les quantités minimales et maximales de fret, y compris les conditions y afférentes dont la Commission mixte est convenue, sont soumises par celle-ci à l'approbation des autorités compétentes. Les autorités compétentes conviennent de l'entrée en vigueur des conclusions de la Commission mixte et se notifient de la date à laquelle ces dispositions entrent en vigueur conformément à leur législation nationale.

4. Afin de convenir des dispositions convenues sur la base des propositions visées à l'alinéa *a* du paragraphe 2 et au paragraphe 3 du présent article, les autorités compétentes se notifient, si possible dans un délai de deux semaines, leur accord aux propositions qui leur sont soumises par la Commission mixte.

5. Si les membres de la Commission mixte ne conviennent pas d'un accord, sur demande de l'une ou l'autre Partie contractante, les représentants des autorités compétentes se consultent dans un délai de quatre semaines.

#### *Article 16*

Les autorités compétentes remettent sur demande à la Commission mixte les pièces dont celle-ci a besoin pour s'acquitter des fonctions définies à l'article 15 du présent Accord.

#### *Article 17*

Les embarcations de sport des deux Parties contractantes peuvent utiliser les voies d'eau intérieures sur le territoire d'application du présent Accord sous réserve du respect de la réglementation en vigueur sur ce territoire.

#### *Article 18*

Le présent Accord ne modifie en rien les droits et obligations de la République fédérale d'Allemagne qui découlent de l'Acte de Mannheim de 1968 à l'égard des Etats parties à cet Acte, ainsi que les droits et obligations de la République populaire de Bulgarie qui découlent de la Convention de Belgrade de 1948 à l'égard des Etats parties à cette Convention.

*Article 19*

Conformément à l'Accord tripartite du 3 septembre 1971<sup>1</sup>, le présent Accord s'applique à Berlin (Ouest) conformément aux modalités définies.

*Article 20*

1. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.
2. Le présent Accord entrera en vigueur dès que les deux Parties contractantes se seront notifié par la voie diplomatique que les conditions pertinentes de leur droit interne sont remplies.
3. Le présent Accord peut être dénoncé à tout moment par l'une des Parties contractantes sur notification transmise par la voie diplomatique six mois avant la fin de chaque année civile. La dénonciation prend alors effet à la fin de ladite année civile.

FAIT à Bonn le 4 juillet 1989 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et bulgare, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement  
de la République fédérale  
d'Allemagne :

LAUTENSCHLAGER  
ZIMMERMANN

Pour le Gouvernement  
de la République populaire  
de Bulgarie :

TRIFON PASHOV

---

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 880, p. 115.

## PROTOCOLE

Lors des négociations concernant l'Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République populaire de Bulgarie relatif à la navigation intérieure, les délégations de la République fédérale d'Allemagne et de la République populaire de Bulgarie ont fait la déclaration suivante :

1. Droits relatifs au trafic

Afin d'assurer une application uniforme de l'Accord, les deux Parties sont convenues des définitions suivantes concernant les droits de trafic :

1) *Trafic réciproque* :

Transport de passagers ou de marchandises au moyen d'un navire de l'une des Parties contractantes à partir du territoire de l'une des Parties sur le territoire de l'autre Partie, en empruntant exclusivement les voies d'eau intérieures qui relient les deux Parties contractantes.

2) *Trafic de transit* :

Transport de passagers ou de marchandises par un navire de l'une des Parties contractantes sur des voies d'eau intérieures traversant le territoire de l'autre Partie contractante sans débarquement ou embarquement de passagers ou de marchandises pendant le trafic.

3) *Trafic avec un Etat tiers* :

Transport de passagers ou de marchandises par un navire de l'une des Parties contractantes en provenance d'un pays tiers à destination du territoire de l'autre Partie contractante et inversement.

4) *Cabotage* :

Transport de passagers ou de marchandises par un navire de l'une des Parties contractantes entre les ports d'embarquement ou de débarquement situés le long de voies d'eau intérieures de l'autre Partie contractante.

En ce qui concerne la nature du trafic, le critère déterminant est l'activité du navire considéré et non pas le lieu de provenance ni le lieu de destination de la marchandise transportée.

2. A la demande de la République fédérale d'Allemagne, et sur proposition de la Commission mixte, la République populaire de Bulgarie fera participer la navigation de la République fédérale d'Allemagne au transport de transit (article 4).

3. Les deux Parties contractantes procèdent à l'échange de documents visé au paragraphe 5 de l'article 13 avant l'entrée en vigueur de l'Accord.

4. La délégation de la République fédérale d'Allemagne déclare au sujet du paragraphe 1 de l'article 14 que les autorités douanières peuvent définir des mouillages dans la zone frontalière.

5. Au sujet des paragraphes 3 et 4 de l'article 14, il est convenu que chaque Partie contractante peut autoriser des experts de l'autre Partie contractante à participer à l'enquête en cas d'avarie ou d'accident survenant à des navires.

6. Les deux Parties contractantes font la déclaration suivante : le statut des eaux navigables de Berlin (Ouest) ne fait pas l'objet du présent Accord. Le Gouvernement de la République populaire de Bulgarie confirme à ce sujet que les dispositions du présent Accord s'appliquent aux navires bulgares à Berlin (Ouest).

Sofia, le 15 juillet 1988.

Pour la délégation  
du Gouvernement de la République  
fédérale d'Allemagne :

Le chef de la délégation  
de la République fédérale d'Allemagne,

NAU

Pour la délégation  
du Gouvernement de la République  
populaire de Bulgarie :

Le chef de la délégation  
de la République populaire de Bulgarie,

ARSOV

---